

# Ausgetrocknet

## Deutschland kämpft um Wasser

**Die Klimakrise lässt auch in Deutschland das Wasser knapp werden. Während die Bundesregierung erst ab 2030 handeln will, tobt der Kampf um Wasser längst. Nach CORRECTIV-Auswertung streiten sich Behörden, Landwirtschaft und Industrie zunehmend vor Gericht.**

Von Annika Joeres, Gesa Steeger, Katarina Huth, Marlene Jacobsen, Max Donheiser |

14.06.2022

An einem heißen Nachmittag im Mai steht Daniele Caccamo auf einem brachliegenden Feld südlich von Darmstadt und schaut in einen Schacht im Boden. Um Caccamo, Betriebsleiter beim regionalen Wasserverband Hessisches Ried (WHR), türmen sich Schwierigkeiten auf. Etwas ist ins Kippen geraten, ganz in der Nähe verdurstet ein Wald, und es ist nicht ganz klar, was sein Arbeitgeber damit zu tun hat. Aber die Probleme gehen noch weit darüber hinaus: Die Angst vor der Wassernot geht in Südhessen um.

Daniele Caccamo will den Eindruck vermitteln, dass es sich um ein praktisches Problem handelt, das mit technischen Mitteln behoben werden kann, mit Leitungen und Filtersand, und dass für Panik und Katastrophenstimmung kein Anlass besteht. In dem Schacht im Boden sieht er die Lösung, für den Wasserverband WHR, für den Wald und für die gesamte Rhein-Main-Region: Dort strömt Wasser aus dem Rhein durch ein Rohr. „Das sickert hier, nachdem es im Brauchwasserwerk Biebesheim aufbereitet wurde, direkt ins Grundwasser“, sagt

Caccamo. Das Wasser soll die Grundwasserstände stabil halten – und damit auch die Trinkwasserversorgung sichern.

Aber auch der Rhein ist nicht unerschöpflich.

Der Klimawandel ist längst Realität. Wasserkrisen häufen sich weltweit. In vielen Ländern, in Teilen der USA, in Ostafrika und Australien greifen Dürrekatastrophen, Ernteaufschläge und Waldbrände um sich.



Rund 140.000 Liter Wasser aus dem Rhein sickern aus diesem Rohr stündlich in den Boden des Hessischen Rieds.

Wird so der Boden ausreichend vernässt, wenn der Regen ausbleibt? (Foto: Ivo Mayr / CORRECTIV)

### **Anwälte kämpfen vor Gericht um Wasser**

In Deutschland meinen nach wie vor viele, dass uns das nicht betrifft: Wasser ist immer da, wir drehen die Hähne auf, es fließt. Ein Trugschluss. Wie Recherchen von CORRECTIV nachweisen, führt Wasserknappheit auch hierzulande schon jetzt in vielen Regionen zu heftigem Streit.

Bislang ist das kein großes Thema in der Öffentlichkeit. Indessen mehren sich Anzeichen für Konflikte, die an Verteilungskämpfe erinnern: Der Streit um das

Wasser eskaliert zunehmend und landet immer häufiger vor Gericht – auch das zeigt diese Recherche.

CORRECTIV hat rund 350 Verfahren zu Wasserkonflikten in der juristischen Datenbank Juris ausgewertet, die alle Urteile sammelt, die von deutschen Gerichten zur Verfügung gestellt werden. Unsere Stichprobe zeigt einen deutlichen Trend: In den vergangenen zehn Jahren haben die gerichtlichen Konflikte um Wasser im Vergleich zu den zehn Jahren davor in 11 von 16 Bundesländern zugenommen – zum Teil drastisch: In Bayern etwa haben sich die Verfahren in den vergangenen zehn Jahren sogar fast verdoppelt. Wurden zwischen 2002 und 2011 nur 17 Fälle an den dortigen Verwaltungsgerichten verhandelt, waren es zwischen 2012 und 2021 schon 33. Auch in Baden-Württemberg kam es in dieser Zeitspanne zu einer Verdopplung, von 6 auf 13 Verfahren.

In jedem Sommer macht in den Lokalmedien inzwischen in vielen Gegenden die Trockenheit Schlagzeilen: 2019 rationierte die Stadt Löhne in Nordrhein-Westfalen aufgrund der Trockenheit das Trinkwasser. Feuerwehr und Polizei fuhren durch die Straßen und riefen die Anwohnerinnen und Anwohner über Lautsprecher zum Wassersparen auf.

In diesem Jahr herrscht schon seit Anfang Juni im Landkreis Böblingen in Baden-Württemberg ein striktes Verbot, Wasser aus Flüssen und Bächen zu entnehmen. Nicht mal eine Gießkanne zu füllen, ist erlaubt.

Dahinter verbergen sich Konflikte, die zum Teil noch deutlich tiefer gehen. Es gibt Wasserverschlinger gewaltigen Ausmaßes, die in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt sind. Zum Beispiel Konzerne, die künstliche Aromen für Fertignahrung produzieren und dabei Millionen von Litern Wasser verbrauchen. Im Hinterland von Großstädten wie Hamburg verschärft sich die Konkurrenz um die knapp werdende Ressource.

Landwirte, Unternehmerinnen, Bürgerinnen und Bürger – alle brauchen Wasser. In Brandenburg deckelt der Wasserverband Strausberg-Erkner den Wasserverbrauch von Privathaushalten. Denn vor Ort verschärft Teslas Gigafactory das Wasserproblem der Region. Zuziehende Bürgerinnen und Bürger dürfen täglich pro Person nicht mehr als 105 Liter am Tag verbrauchen, also deutlich weniger als den bisherigen Durchschnitt von 175 Litern. Bei Verstößen drohen Bußgelder.

### **Wieso wird Wasser in Deutschland knapp?**

Deutschland ist grundsätzlich ein wasserreiches Land. Doch durch den Klimawandel häufen sich extreme Wetterereignisse. Das bedeutet, es fällt [sehr viel Regen auf einmal](#) oder es regnet wochen- bis monatelang kaum oder gar nicht. Wenn dann endlich Regen fällt, kann der ausgetrocknete Boden ihn nur schwer aufnehmen – das Wasser sammelt sich und fließt dann in Flüsse, Bäche, Keller oder die Kanalisation ab, statt tief in den Boden einzusickern. Das Grundwasser kann sich nicht auffüllen, es kommt zu regionalem Wassermangel. Da rund 70 Prozent des Trinkwassers aus dem Grundwasser stammt, ist auch die private Wasserversorgung bedroht. Vor allem Ost- und Norddeutschland sowie Bayern sind zunehmend betroffen.

Dies sind nur die ersten Vorboten der Wasserkrise. Künftig wird der Zugang zu der [kostbaren Ressource](#) in einigen Regionen Deutschlands zur Existenzfrage. Das sollte in den zuständigen Ministerien die Alarmglocken schrillen lassen. Aber Bund und Länder bleiben weitgehend untätig: Nach CORRECTIV-Recherchen gibt es keine konkreten Pläne für den Fall der Wasserkrise. Weder in der Politik, noch bei den zuständigen Behörden. Auch Einsparziele oder Vorgaben für die großen, durstigen Industrien – Bergbau, Chemie – gibt es nicht. Die Unternehmen zahlen oft nicht einmal etwas für ihre vielen Millionen Kubikmeter Wasser. Denn bundeseinheitliche Regeln fehlen auch bei den Wasserpreisen, das zeigt eine [Studie des BUND](#). So zahlen Landwirte und bestimmte Industriezweige in Brandenburg, Nordrhein-Westfalen oder Hessen kein oder nur wenig Geld für ihren Wasserverbrauch – Bürgerinnen und Bürger dagegen schon.

## **Wer bekommt noch Wasser, wenn es knapp ist?**

Unklar ist etwa, wer Vorrang hat, wenn das Wasser knapp wird. Das ist in Deutschland nicht geregelt. Zwar ist die öffentliche Wasserversorgung theoretisch gesetzlich abgesichert, doch nicht alle Bundesländer gewähren der Trinkwasserversorgung einen absoluten Vorrang, kritisieren Vertreter der deutschen Wasserwirtschaft. Im Falle einer Wasserkrise steht also nicht fest, wer tatsächlich sparen muss. Die Industrie bei der Produktion, die Landwirtschaft, die Umwelt oder doch die Bürgerinnen und Bürger?

Eine offene Frage, die dringend politische Antworten braucht. Denn der Streit um Wasser spitzt sich zu. Gerade die unklaren Regelungen führen landauf, landab, zu Gerichtsprozessen.

Die Juristin Laura von Vittorelli vom Öko-Institut in Berlin arbeitet seit Jahren zum nationalen und europäischen Wasserrecht. Die steigende Anzahl der Wasserkonflikte sei einerseits in besseren Klagemöglichkeiten begründet, sagt Vittorelli. „Andererseits verschärft sich der Konflikt um das Wasser sicherlich auch aufgrund der Klimakrise. Dieser Trend wird sich künftig weiter verstärken.“

## **Es geht um hunderte Millionen Liter Wasser**

In den Verfahren, die CORRECTIV ausgewertet hat, ziehen Kommunen für sauberes Trinkwasser gegen Konzerne vor Gericht, Landwirtinnen und Landwirte kämpfen um Wasser für ihre Felder, und Umweltverbände gehen gegen eine Wasserwirtschaft vor, die ihrer Ansicht nach der Industrie zu viel Wasser zubilligt.

Unsere Analyse von Prozessen in Hessen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt von 2000 bis 2021 zeigt auch: In allen drei Bundesländern richten sich die Klagen durchweg gegen Behörden, diejenigen also, die an die Industrie, Landwirtschaft und Wasserverbände sogenannte Entnahme-Rechte vergeben. In den Klagen geht

es daher oft um die Wassermengen, die laut behördlicher Erlaubnis aus dem Boden gepumpt werden dürfen.

Auch um die Kosten für das Wasser wird häufig gerichtlich gestritten. Unsere Recherche zeigt, dass Unternehmen immer wieder versuchen, die Preise für Wasser zu drücken. So etwa in Nordrhein-Westfalen, wo 2013 zwei Unternehmen der Zement- und Kalkindustrie gerichtlich die vom Land festgesetzten Kosten für die Entnahme von Wasser angriffen.

Die Recherche zeigt aber auch: Die größten Wasserverbraucher haben häufig auf Jahrzehnte genehmigte Rechte, bestimmte Wassermengen aus dem Boden oder auch Flüssen und Seen zu entnehmen. Teilweise sind diese Abmachungen vor 20 oder 30 Jahren in Kraft getreten – selten berücksichtigen sie die Klimakrise.

### **Methodik: Welche Daten haben wir ausgewertet?**

Auf Grundlage der juristischen Datenbank [Juris](#) haben wir die verfügbaren gerichtlichen Entscheidungen aller deutschen Verwaltungs- und Oberverwaltungsgerichten rund um die Nutzung von Grundwasser ausgewertet. Hierzu haben wir die Urteile nach bestimmten Kriterien gefiltert und die Anzahl der Verfahren zwischen 2002 bis 2011 und 2012 bis 2021 miteinander verglichen. Laut Juris werden seit 2000 die Gerichtsentscheidungen in Deutschland umfangreich gemeldet. Wir können nicht nachvollziehen, ob jedes Urteil in der Datenbank auftaucht. Daher erhebt unsere Auswertung keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Auch einer der mit Abstand größten Wasserverbraucher Deutschlands, der [Energieversorger](#) RWE, klagte bereits gegen vom Land Nordrhein-Westfalen festgesetzte Kosten. 2016 entschied das Oberverwaltungsgericht NRW, dass die Gebühren angemessen seien.

Dabei bekommt der Energieriese das genutzte Wasser fast umsonst. RWE nutzt für seine Braunkohle-Tagebaue knapp 500 Millionen Kubikmeter Wasser pro Jahr,

das entspricht 500 Milliarden Liter Wasser – so viel, wie rund zehn Millionen Bürgerinnen und Bürger jährlich. Und noch dazu zahlt RWE dafür deutlich weniger als die üblichen Preise, nämlich nur höchstens fünf Cent pro Kubikmeter Trinkwasser. Der immense Verbrauch ist in den vergangenen Jahren nicht gesunken. „Die größte Wassersparmaßnahme ist der [Kohleausstieg](#)“, räumt RWE selbst ein. Auch die [Braunkohlekonzerne](#) im Osten, Mibrag und Leag, verbrauchen enorme Mengen Wasser – zusammen sind es knapp 250 Mal mehr als die viel diskutierte Tesla-Fabrik.

Es gibt aber auch riesige Wasserverbraucher, die praktisch niemand auf dem Schirm hat: Im Hamburger Hafen beispielsweise sind internationale Konzerne angesiedelt, die viele Millionen Kubikmeter Wasser verbrauchen – um Nahrungsmittelzusätze herzustellen.

Etwa die Firma Ingredion, die sich selbst als „globalen Anbieter für Zutatenlösungen“ bezeichnet. Sie stellt Dinge her, über die Verbraucher und Verbraucherinnen nur selten informiert werden: künstliche Zusätze, die das Brot knackiger aussehen lassen, oder die teures Öl und Eier durch günstige Stärkemischungen ersetzen. Auch die britische Firma Ohly gehört mit ihrem Hamburger Standort zu den Top 10 der größten Wasserverbraucher. Sie ist ebenso ein Gigant der Industrienahrung: Ohly stellt Hefeflocken her, die mit ihren rund ein dutzend Geschmacksnoten von Honig bis Roastbeef fader Fabriknahrung zu Geschmack verhelfen sollen.

Dabei hat auch Hamburg kein Wasser zu verschenken. In Niedersachsen muss die Landwirtschaft ohnehin mit immer weniger Wasser auskommen. Doch der Hamburger Wasserversorger will über 17 Prozent mehr Wasser aus der Lüneburger Heide abzapfen als bisher. Die Hafenmetropole wächst und damit die Zahl der durstigen Bürgerinnen und Bürger.

Doch die Lüneburger Heide braucht ihr Wasser selbst, der zuständige Landkreis argumentiert auch mit dem Klimawandel. Bisher hat das Gericht dem Landkreis

immer wieder Recht gegeben – Hamburg Wasser darf nach wie vor nur die bisher genehmigte Menge Wasser fördern. Doch Hamburg Wasser hat nun Berufung eingelegt und zieht in die nächste Instanz vor das Oberverwaltungsgericht Lüneburg.

### **„Grob fahrlässig und verantwortungslos“**

In Hessen haben die gerichtlichen Verfahren rund um Wasser in den vergangenen zehn Jahren von 8 auf 14 im Vergleich zu den zehn Jahren davor zugenommen. Aktuell klagt der Landesverband Hessen der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald in zwei Fällen gegen das Land. Es geht um die Frage, ob rund 13.000 Hektar Wald in der Nähe von Darmstadt absterben, weil der Wasserverband Hessenwasser zu viel Grundwasser aus der Region entnimmt – und das seit Jahrzehnten. Die Verfahren liegen aktuell beim Verwaltungsgericht Darmstadt.

Einer, der die Klage unterstützt, ist der Waldexperte Arnulf Rosenstock. 22 Jahre lang leitete er das Forstamt Darmstadt. An diesem Maimorgen steht Rosenstock, 79 Jahre alt, im grünen Frühlingsdickicht des Darmstädter Westwald, nahe der Stelle, an der der Wasserverband Hessisches Ried das Wasser aus dem Rhein in den Boden sickern lässt. Er zeigt auf die kahlen Baumkronen und Bäume, die ihre Rinde verlieren. „Hier sind alle Bäume abgestorben“, sagt Rosenstock.





Hunderte Jahre alte Bäume mit kahlen, schwarz in den Himmel ragenden Baumspitzen – das fehlende Wasser ist dem Wald deutlich anzusehen, meint Forstexperte Arnulf Rosenstock. (Foto: Ivo Mayr / CORRECTIV)

Laut einer Studie der Universität Göttingen gehören die Wälder im Hessischen Ried zu den „forstlichen Brennpunkten in Mitteleuropa“. Rund vier Prozent der Bäume in der Region sind bereits abgestorben. Im Darmstädter Westwald seien vor allem Buchen betroffen, sagt Rosenstock. Aber auch viele hundertjährige Eichen. „Hier stirbt ein Baum nach dem anderen“, sagt Rosenstock. Schuld daran sind für den Waldexperten vor allem die Behörden und das hessische Umweltministerium.

Diese hätten dem Wasserverband Hessenwasser erlaubt, jährlich rund 44 Millionen Kubikmeter Grundwasser im Hessischen Ried zu fördern- das sind 44 Milliarden Liter Wasser. Damit werden Landwirtinnen und Landwirte mit Wasser für ihre Felder und Menschen in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main mit Trinkwasser beliefert. Auch die Industrie versorgt sich mit Wasser aus der Region.

Auf die Natur und die Umwelt sei dabei keinerlei Rücksicht genommen worden, sagt Rosenstock. „Ich halte das, was in der Vergangenheit in Hessen wasserpolitisch passiert ist, für grob fahrlässig und verantwortungslos.“ Da helfe auch die Infiltration mit dem Rheinwasser nicht. „Das Wasser, was da unten reingepumpt wird, das kommt hier oben gar nicht an.“

Ganz anders sieht das Betriebsleiter Daniele Caccamo an der ein paar Kilometer entfernten Infiltrationsanlage des Wasserverband Hessisches Ried. Durch die Infiltration werde die Trinkwasserversorgung „nachhaltig sichergestellt“, sagt Caccamo.



Unterirdisch kommt das Wasser aus dem Rhein in der sogenannten Infiltrationsstation in Eschollbrücken an.

„Das hier ist einer von vier Standorten in der Region, in denen wir infiltrieren“, sagt Betriebsleiter Daniele Caccamo. (Foto: Ivo Mayr / CORRECTIV)

Um zu zeigen, dass die Infiltration funktioniert, greift der Betriebsleiter in seine Umhängetasche und kramt ein paar Papiere hervor. Auf einem der Blätter ist eine Grafik abgebildet, auf der ein blauer, nahezu waagerechter Strich zu erkennen ist. Er zeigt, wie die künstliche Wasserzufuhr aus dem Rhein die Grundwasserstände in der Region über die Jahre stabil gehalten hat.

Auch die Natur und die Landwirtschaft würden so versorgt, versichert Caccamo. Dafür gebe es Richtlinien vom Land, an die sich der Wasserverband strikt halte. „Wir erfüllen das, was uns seit 1999 als Vorgabe gemacht wird.“ Die Grenzen für die Grundwasserstände kommen aus dem Grundwasserbewirtschaftungsplan Hessisches Ried. „Wir sind froh, dass wir das hier machen können, besonders wenn es trocken ist, wie 2018 und 2019“, sagt Caccamo.

Die Frage ist, wie lange der Rhein noch als Quelle für das Hessische Ried sorgen kann. Auch der Rhein beginnt zu schrumpfen. 2018 war der Wasserstand so niedrig, dass Containerschiffe und Fähren bei Basel nicht mehr fahren konnten.

Das Land finanziert gerade eine Machbarkeitsstudie, um zu ermitteln, ob künftig noch mehr Rheinwasser ins Hessische Ried geliefert werden kann. Auf Anfrage teilt das Hessische Umweltministerium mit, dass gerade untersucht werde, wer eigentlich wieviel Wasser im Hessischen Ried brauche. Dabei werde auch der „Naturhaushalt“ mitgedacht. Mit ersten Ergebnissen sei bis Ende 2023 zu rechnen.

### **Die Bundespolitik will handeln – ab 2030**

Während deutschlandweit lokale Konflikte ausbrechen und kommunale Behörden und Gerichte nach Lösungen suchen, [hinkt die Bundespolitik Jahre hinterher](#).

Zwar hat die Bundesregierung im vergangenen Sommer den [Entwurf einer „Nationalen Wasserstrategie“](#) vorgestellt. Doch eine einheitliche und bundesweite Vorrangregelung für den Fall, dass das Wasser knapp wird, sucht man in dem Entwurf vergeblich. Die Ziele der Nationalen Wasserstrategie sind eher langfristig angelegt.

Sie sieht unter anderem vor, „Wasserversorgungskonzepte“ zu entwickeln, die zwischen 2030 und 2050 umgesetzt werden sollen. Die Bundesregierung will also erst in acht Jahren anfangen, sich um ein gerechtes Angebot an Wasser zu kümmern – obwohl bereits jetzt absehbar ist, dass sich die lokalen Konflikte verschärfen. Denn während in vielen Regionen die Grundwasserstände sinken, steigt der Verbrauch in einigen Regionen an, unter anderem in Berlin, Hamburg und Brandenburg.

Aktuell verbrauchen Landwirtinnen und Landwirte offiziell nur knapp über ein Prozent des nutzbaren Wassers in Deutschland. Doch wie viel Grundwasser genau sie aus dem Boden pumpen, ist oft unbekannt, wenn die Landwirtinnen und Landwirte ihre eigenen Brunnen haben und die Behörden die entnommenen Mengen nicht kontrollieren. Klar ist, dass die Landwirtschaft wegen zunehmenden Dürren künftig mehr Wasser brauchen wird. [Das könnte Ackerland von bis zu 2 Millionen Hektar betreffen](#) – das ist viermal so viel wie bisher bewässert wird.

Auch die Industrie pumpt täglich hunderte Millionen Liter Wasser ab. So nutzen einzelne Konzerne wie RWE so viel Wasser wie mehrere deutsche Großstädte zusammen.

Die CDU, die in der großen Koalition einst an dem Entwurf der Nationalen Wasserstrategie mitgearbeitet hat, fordert angesichts dieser Entwicklungen schnelle politische Lösungen. „Ich erwarte von Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Bündnis90/Die Grünen), den bereits vorliegenden Entwurf der Nationalen Wasserstrategie endlich zu einem Projekt der gesamten Bundesregierung zu machen und die Maßnahmen zügig vorzulegen und umzusetzen“, sagt die umweltpolitischen Sprecherin der CDU, Anja Weisgerber auf Anfrage von CORRECTIV.

Auch innerhalb der Koalition gibt es Kritik an der Nationalen Wasserstrategie. Konkrete Maßnahmen fehlten, die Umsetzung dauere zu lange, heißt es aus dem Umfeld des Bundesumweltministeriums. Mit Namen möchte allerdings niemand genannt werden.

Um mit Wasser nachhaltig zu wirtschaften, müssten Kommunen und Wasserverbände ihre Leitungen umbauen und Konzepte ändern – ein teures und langwieriges Vorhaben. Und die Motivation dürfte gering ausfallen. Denn an den bestehenden Konstrukten verdienen sie gut.

## **Trinkwasser als kommunales Geschäftsmodell?**

Zwischen 2017 und 2019 sind die Wasserpreise für Bürgerinnen und Bürger in vielen Regionen Deutschlands gestiegen. In Bremen, Brandenburg und Berlin blieben sie stabil. Einzig in Mecklenburg-Vorpommern sanken in diesem Zeitraum die Preise. Auch 2022 stiegen die Preise in vielen Regionen erneut. Zugleich müssen Unternehmen, die das Wasser aus dem Boden pumpen, um es an die Bevölkerung zu verkaufen, in Hessen, Thüringen und auch Bayern nichts für ihre Entnahme zahlen.

In den vergangenen Jahren hat das Bundeskartellamt immer wieder Verfahren gegen kommunale Wasserverbände geführt, weil diese ihre Preise für das Wasser zu hoch ansetzten. „Die Grundlage für die Berechnung der tatsächlichen Preise ist oft intransparent“, schreibt das Amt in einem seiner Berichte.

Auch Städte verdienen oftmals mit an den Wasserpreisen. In Hessen meldete der Wasserversorger Hessenwasser, zu dem auch der Wasserversorger Hessisches Ried gehört, für das Jahr 2019 einen Umsatz von knapp 94 Millionen Euro. Für die vielen Kubikmeter, die der Verband aus dem Boden holt, zahlt er nichts. Keinerlei Kosten für die Ressource auf der einen Seite, hohe Einnahmen auf der anderen – so lukrative Bedingungen dürften sich den wenigsten Unternehmen bieten. Beteiligt am Umsatz sind über kommunale Unternehmen auch die Städte Darmstadt, Frankfurt, Wiesbaden sowie die Kommune Groß-Gerau.

Problematisch an diesen kommunalen Konstrukten ist, dass sie als intransparent gelten und viele Interessenskonflikte aufweisen. In den Aufsichtsräten der Wasserverbände sitzen oftmals Kommunalpolitikerinnen und -politiker. Ein Experte, der nicht namentlich genannt werden möchte, berichtet, wie Wasserversorger unkontrolliert an Gutachten mitschreiben und sich so Wasserrechte sichern. Zudem fehle es in vielen Landesbehörden an Wasserexpertinnen und -experten. Die Behörden setzten Leitlinien und Pläne um, die oft Jahrzehnte alt sind – und der Klimakrise nicht gerecht würden.

In Hessen schaut Waldexperte Arnulf Rosenstock noch einmal hinauf in die kahlen Baumkronen des Darmstädter Westwalds, die wie schwarze Mahnmale in den Himmel ragen. Dann macht er sich auf den Rückweg zu seinem Auto. Viel Hoffnung, dass die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Erfolg mit den Klagen haben wird, mache er sich nicht, sagt er. Das sei aber auch nicht wichtig. Wichtig sei, dass die Politik jetzt entschlossen handele. **„Ein Weiter so darf es nicht geben.“**